

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr
Beschlussdatum: 08.04.2021

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 464 bis 468:

Stadtviertel zu schaffen. Die Städte sollen mehr Möglichkeiten bekommen, regulierend in den Autoverkehr einzugreifen und öffentlichen Raum neu aufzuteilen, ~~zum Beispiel indem Autos nicht mehr überall, sondern nur noch auf gekennzeichneten Plätzen parken dürfen. Die Ausweitung von umweltfreundlichem Carsharing werden wir fördern, damit der Pkw-Bestand in den Städten abnimmt.~~ Flächengerechtigkeit bedeutet eine drastische Reduzierung der PKW-Stellflächen innerorts und eine Änderung der Stellplatzverordnungen zugunsten aktiver Mobilität, sozialer und grüner Flächen. Zur Unterstützung dieses Umbaus ist eine neue rechtliche Grundlage für eine wirkliche Parkraumbewirtschaftung von Bewohner*innenparken unerlässlich. Wir treten für eine Parkraumbewirtschaftung ein, die einen echten Anreiz für den privaten Ausstieg aus dem PKW bietet. Auch die Bußgelder müssen dem europäischen Niveau angepasst werden. Es muss Schluss sein mit Falschparken auf Radwegen, zugestellten Straßenkreuzungen und durch aufgesetzt parkende Autos unbegehrbar gewordene Fußwege.

Begründung

Die Flächengerechtigkeit ist der zentrale Gesichtspunkt für die Mobilitätswende in der Stadt. Er muss mit konkreten Forderungen und Projekten hinterlegt werden.